

Hohe Zusatzgebühren für Rechnungen auf Papier sollen verboten werden

Politik macht Druck SP-Nationalrat Emmanuel Amoos will die Praxis untersagen. Eine Krankenkasse rechnet vor, wie hoch die Kosten sind.

Wer eine Papierrechnung per Post erhalten will, zahlt bei vielen Firmen drauf. Sie verlangen oft einen Aufpreis für den Versand der Papierrechnung und für die Einzahlung am Postschalter.

Gegen diese Praxis regt sich Widerstand. Der Walliser SP-Nationalrat Emmanuel Amoos fordert in zwei Vorstössen den Bundesrat auf, Zusatzgebühren für Papierrechnungen gesetzlich zu verbieten. Unterstützung erhält der Vorstoss nicht nur von links. Auch bürgerliche Politiker wie Daniel Sormanni (MCG) und Jacqueline de Quattro (FDP) haben das Anliegen unterzeichnet.

Die Befürworter eines Verbots sehen darin eine «indirekte Diskriminierung» von Mneschen, die digital weniger versiert sind – also vor allem ältere.

In den Fokus der Politik sind die Telecombetreiber geraten. Doch auch Versicherungen, Kreditkartenanbieter sowie Energiefirmen und Verlage (auch der Herausgeber dieser Zeitung) verlangen Gebühren für Papierrechnungen.

Ein prominentes Beispiel ist der Mobilfunkanbieter Salt, den SP-Parlamentarier Amoos in den Vorstössen exemplarisch nennt. Wer hier eine Papierrechnung wünscht, zahlt monatlich eine Gebühr von 3.95 Franken. Die Einzahlung am Postschalter kostet weitere 4.45 Franken. Wer seine Rechnungen nicht digital empfangen will, muss also monatlich 8.40 Franken zahlen.

Der drittgrösste Netzbetreiber Salt begründet den hohen Betrag mit dem Verursacherprinzip. Dieser diene dazu,

«die damit verbundenen Kosten für Material, Druck, Porto sowie administrative Aufwände abzudecken», sagt eine Sprecherin. Digitale Kanäle seien für die Kundschaft kostenfrei. Ein Verbot erachtet die Telecomfirma angesichts der Vielfalt verfügbarer Lösungen als «weder notwendig noch gerechtfertigt».



Der Walliser SP-Parlamentarier Emmanuel Amoos. Foto: Keystone

Sunrise, der ebenfalls 3.95 Franken für Papierrechnungen verrechnet, warnt vor Marktverzerrungen. Würden die Kosten für Papier und Versand pauschal in die Grundgebühren eingerechnet, könnten günstige Abo-Angebote kaum mehr angeboten werden. Die Gebühren seien «integraler Bestandteil der Wirtschaftsfreiheit».

Marktführer Swisscom, der 2.90 Franken verlangt, hat seit der Einführung der Gebühr im Jahr 2019 die Papierrechnungen um mehr als die Hälfte verringert. Der staatsnahe Betrieb macht jedoch eine Ausnahme. Kunden der Grundversorgung, die nur ein Festnetzprodukt nutzen, sind von der Gebühr befreit.

Gemäss der Schlichtungsstelle Telekommunikation (Ombuds-

com) ist es rechtlich zulässig, dass Netzbetreiber Fremdkosten an die Kunden weitergeben. Diese Gebühren müssen jedoch transparent in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder per Informationsschreiben mitgeteilt werden. Die Ombudscom empfiehlt, dass die verrechneten Gebühren nicht höher sein dürfen als die Kosten, welche die Post von den Unternehmen tatsächlich verlangt.

Einsparungen von 1,2 Millionen Franken

Der Hintergrund: Die Post verrechnet Firmen eine Art Bearbeitungsgebühr, wenn die Kunden dieser Firmen die Rechnungen am Schalter begleichen. Je nach Höhe des Betrags betragen diese Zusatztarife zwischen

1.20 und 3.95 Franken. Wie viele Leute den Zahlungsverkehr immer noch auf Papier abwickeln, zeigen Zahlen von Swica. Die Krankenkasse gibt die Postschaltergebühren seit Anfang Jahr an die Versicherten weiter. Dadurch seien Einsparungen von 1,2 Millionen Franken pro Jahr möglich, welche die Prämien entlasten.

Die Chancen für einen Erfolg der Motionen Amoos dürften gering sein. Der Bundesrat hatte laut «Blick» ein ähnliches Verbot für Zusatzgebühren bereits im Jahr 2018 abgelehnt. Die Landesregierung bezeichnete den Eingriff damals als unverhältnismässig, nicht zeitgemäss und als eine unnötige Regulierung.

Jon Mettler